

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 16 für den Wahlkreis 4 Mai / Juni 2009

Fünf Jahre Beitritt Polens zu EU: Chancen der Zusammenarbeit nutzen statt Feindbilder zu pflegen!



*Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger,*

Europa wächst an den Grenzen zusammen. Den früheren europäischen Randregionen bietet die EU-Erweiterung die Chance, aus ihrer Randlage herauszukommen. Dies gilt für unsere Region Berlin-Brandenburg westlich der Oder, dies gilt genauso für die bisher vernachlässigten polnischen Randregionen östlich der Oder. Dazu sind allerdings erhebliche Anstrengungen auf beiden Seiten notwendig. Berlin und seine benachbarten polnischen Großstädte und Regionen müssen dazu im Bereich der Verwaltungen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und des Tourismus enger zusammenzuarbeiten.

Die Zusammenarbeit wird aber durch die schlechte Erreichbarkeit behindert. Für die nur 320 km von Berlin entfernte polnische Metropole Breslau benötigt man heute mit dem einzigen durchgehenden Zug fast 6 Stunden gegenüber 2½ Stunden vor dem Zweiten Weltkrieg.

Bereits vor dem EU-Beitritt habe ich mit einer Arbeitsgruppe der SPD (AG Polen) die Initiative ergriffen und Kontakt zur sozialdemokratischen Partei SLD in die nur 130 km entfernten polnischen Großstadt Stettin (Szczecin) aufgenommen, aus der sich eine enge Partnerschaft entwickelt hat. Ich habe in zahlreichen parlamentarischen Anfragen auf die Probleme im deutsch-polnischen Bahnverkehr aufmerksam gemacht und bei den zuständigen Institutionen schon die eine oder andere Verbesserung bewirken können.

Deutsche und polnische Sozialdemokraten in Berlin, in Westpommern, im Lebuser Land haben

in Zusammenarbeit mit anderen pro-europäischen Kräften wie dem parteilosen Bürgermeister Dutkiewicz aus Breslau die Idee der „Oder-Partnerschaft“ entwickelt. Mitte 2006 haben sich dann die Länder Berlin, Brandenburg mit den Großstädten Stettin, Posen und Breslau und den vier dazugehörigen Wojewodschaften (Westpommern, Lubuskie, Großpolen und Niederschlesien) zur „Oder-Partnerschaft“ zusammengeschlossen.

Ziel der Oder-Partnerschaft ist es, durch eine enge Zusammenarbeit auf den Gebieten Verkehr, Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus sich gegenseitig zu unterstützen und einen gemeinsamen Nutzen bei der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ziehen. Der nur 130 km von Berlin liegende Hafen von Stettin könnte sich z.B. wieder zum „Hafen“ von Berlin entwickeln, während der neue Flughafen der Region Berlin BBI, die Chance hat, sich zum wichtigsten Flughafen für ganz Westpolen zu entwickeln. Im Tourismus ist Berlin eine interessante Kultur- und Einkaufsstadt für die Bürger Westpolens, während die unberührte polnische Ostseeküste für Berlinerinnen und Berliner interessante Erholungsmöglichkeiten bietet. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit der Universitäten und Forschungseinrichtungen. (Forts.n.S.)



Längst nicht alle politischen Kräfte in Deutschland erkennen die Chancen, die in einer Zusammenarbeit liegen, sondern bewahren alte Feindbilder. Es sei nur an die Aktivitäten der sog. "Preußischen Treuhand" erinnert, die Gebietsansprüche gegenüber Polen stellt, oder an das oft problematische Wirken der Präsidentin des Vertriebenenverbandes und CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach.

Auch auf polnischer Seite gibt es Kräfte, die lieber mit dem "Feindbild Deutschland" auf Stimmenfang gehen, als in der Zusammenarbeit mit uns den gemeinsamen Vorteil zu suchen. Zur Zeit der national-konservativen Regierung in Warschau unter den „Kaczynski-Brüdern“ war auch die Zusammenarbeit der Regionen beeinträchtigt. Die Oder-Partnerschaft wurden von den nationalistisch und konservativen Parteien als Unterwanderung der „Ostgebiete“ durch die Deutschen verunglimpft und in einer Plakatkampagne auf der ein Soldat mit preußischer Pickelhaube nach Polen greift, hieß es: „Warschau und nicht Berlin ist unsere Hauptstadt. Die Regionen wurden von der Zentralregierung in Warschau unter Druck gesetzt die Zusammenarbeit mit den Deutschen zu begrenzen.

Dennoch ging die Zusammenarbeit weiter. Viele Politiker wie z.B. der Breslauer Bürgermeister Dutkiewicz ließen sich vom Druck aus Warschau überhaupt nicht beeindrucken. Mit dem Regierungswechsel und der Wahl des neuen Präsidenten Tusk hat sich die Zusammenarbeit wieder normalisiert. Es gab auch ein großes Aufatmen im den polnischen Nachbarregionen.

Wichtig ist, dass auf beiden Seiten der Oder bei den Europawahlen die Sozialdemokraten gestärkt werden, die zusammen die SPE-Fraktion im Europaparlament bilden. Die Sozialdemokraten sind die einzigen politischen Kräfte die grenzüberschreitend gut zusammenarbeiten. Die CDU ist mit ihrer polnischen Schwesterpartei, der derzeitigen Regierungspartei PO ("Bürgerplattform“) u.a. wegen Erika Steinbach verkracht.

Fünf Jahre Beitritt Polens zur EU Haben Berlin und seine polnischen Nachbarn die Chancen genutzt?

Es diskutieren:

Dagmar Roth Behrendt
(Europaabgeordnete aus Berlin)

Prof. Bogelsaw Liberadzki
(Europaabgeordneter aus Stettin)

Frank Jahnke
(Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Berlin)

Dariusz Wieczorek
(Landesvorsitzender der SLD Westpommern)

Petra Merkel
(SPD Bundestagsabgeordnete aus Berlin)

Stanislaw Baryluk
(Polnischer Gewerkschaftsdachverband OPZZ Westpommern)

**25. Mai 2009 , 18 – 20 Uhr
"Hotel am Kurfürstendamm", Kurfürstendamm 68,
U-Bhf. Adenauerplatz**

Anschließend ab 20 Uhr am selben Ort:

„Das soziale Europa“

Dagmar Roth-Behrendt diskutiert mit

Peter Scherrer (Generalsekretär der Europäischen
Metallarbeitergewerkschaft)

und Angelica Schwall-Düren, MdB

Wir wollen auch verstärkt mit den deutschen und polnischen Gewerkschaften zusammenarbeiten, mit dem Ziel unsere gemeinsame Oder-Region zu einer sozialen Modellregion zu entwickeln, die nicht durch Niedriglöhne sondern durch Innovation und Sozialstandards geprägt ist.

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Das Amerika-Haus in der Hardenbergstraße

Zwei Minuten entfernt vom turbulenten Leben am Bahnhof Zoo befindet sich in der Hardenbergstraße ein Ort der Ruhe, das Amerika-Haus. Die Geschichte dieses Hauses ist genauso abwechslungsreich wie die dort zur Zeit stattfindende Ausstellung. Das Gebäude wurde 1956/57 erbaut von Brunno Grimmek für das Kultur- und Informationszentrum des United States Information Service, welches bereits 1946 in der Einemstraße am Nollendorfplatz gegründet worden war. Das neue Gebäude wurde finanziert durch Marshallplan-Mittel. Der Ursprung des Kultur- und Informationszentrums war die spontane Entscheidung einiger amerikanischer Soldaten, für die Berlinerinnen und Berliner eine Lesestube einzurichten und dafür Bücher zu sammeln. Hieraus entwickelte sich das Zentrum zu einer kulturpolitischen Institution, welche z.B. durch Veranstaltungen sowie Lehrerfortbildungen versuchte, das Informationsdefizit der Berliner auszugleichen, welches durch NS-Zeit und Teilung Deutschlands entstanden war. Es sollte auch die kulturelle Bindung der Berliner Bevölkerung mit den USA verstärkt werden. Auf dieser Grundlage arbeitete das Zentrum über mehr als vier Jahrzehnte. Als Berlin wieder Hauptstadt des vereinigten Deutschland wurde, übernahm die Kulturabteilung der amerikanischen Botschaft das Haus.

Das Amerika-Haus war immer das Symbol für die Präsenz der USA in Berlin: Daher wurde es auch Ziel vieler Proteste, etwa gegen den Vietnamkrieg oder den Golfkrieg. Gleichzeitig war es aber immer auch ein Ort, an dem die Berliner ihre Verbundenheit gegenüber den USA ausdrückten, wie insbesondere am 11. September 2001.

Das Haus wurde am 25.9.2006 geschlossen und an die Stadt Berlin gegeben. Die Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf beschloss, dass am Standort Amerika-Haus ein West-Berlin-Museum gegründet werden soll. Neben diesem Vorschlag gab es auch andere Nutzungsideen, beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung als Nutzerin für das Haus zu gewinnen, was jedoch scheiterte. Der Senat leitete daraufhin einen Verkauf durch den Liegenschaftsfonds ein, der im März 2009 vorerst gestoppt wurde. Zunächst für drei Jahre soll das Amerika-Haus als Veranstal-

tungsort und "Forum City West" vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der AG City gemeinsam genutzt werden. Es ist an diesem Ort geradezu prä-



destiniert, die weitere Entwicklung der City West und insbesondere des "Campus Charlottenburg" rund um die Technische Universität und die Universität der Künste zu dokumentieren

Im Haus befindet sich derzeit die erfolgreiche Ausstellung "City West - Positionen, Potenziale, Perspektiven". Die Ausstellung läuft seit dem 18.11.2008. Es werden die urbane Freiräume, die Kultur- und Wissensstandorte sowie die aktuellen Bauprojekte der westlichen Innenstadt vorgestellt. Neben den 15 Stelltafeln wird auch ein Stadtmodell der City-West im Maßstab 1:500 gezeigt. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt von 12 bis 18 Uhr von Montag bis Sonnabend geöffnet. Die Ausstellung läuft mindestens bis zum 30.06.2009 mit der Aussicht auf Verlängerung. In der Ausstellung gelangen Einblicke in zukünftige Entwicklung des Bezirks Charlottenburg/ Wilmersdorf. Sie ermöglicht es auch, sich über die alltägliche, lokale Gegenwart des Kiezes hinaus auf eine andere Art den Straßen und Plätzen anzunähern. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall.

André Zeunert

weitere Informationen unter: www.initiative-amerika-haus-berlin.org ☐

OLIVAER PLATZ

Zukünftige Gestaltung als Metropolen-Platz

Der Olivaer Platz ist leider kein Platz mehr, der von den Anwohnern, den vielen Touristen und den Beschäftigten in den Büros und Läden der Umgebung als schöner Aufenthaltsort gesehen wird.



Egal ob Hundekot oder dunkle und dreckige Ecken,- die meisten Gäste gruseln sich eher beim Anblick dieses Platzes, -er ist kein Anziehungs-

platz mehr.

Wir meinen: Ein Platz nur wenige Meter vom Kudamm entfernt sollte anders aussehen !!

Unsere örtliche SPD Arbeitsgruppe Olivaer Platz ist zur Einschätzung gelangt, dass der Platz in dem zentralen Berliner Bereich – der City-West – das Potenzial eines **Metropolenplatzes für Begegnung, Kommunikation, Spiel und Entspannung** bietet, wenn entsprechende Maßnahmen von der Politik, der Verwaltung und den Bürgern getroffen werden.

Wir haben Metropolenplätze in London, Paris und New York analysiert, um Anregungen zu erhalten und Vorschläge für Veränderungen zu entwickeln.



Die SPD hat dann im Februar zu zwei öffentlichen Veranstaltungen eingeladen, zu der waren fast 100 Interessierte BürgerInnen gekommen. (70 AnwohnerInnen ,15 Gewerbetreibende, eine beobachtende Studentengruppe aus der TU, Vertreter aus Verwaltung und Politik und diverse SPD-Mitglieder). Schriftlich und mündlich erreichten uns 15 weitere Stellungnahmen. 40 AnwohnerInnen konnten nicht teilnehmen und wollen aber über die Ergebnisse der Treffen informiert werden.

Die Anlieger und Nutzer halten den Platz strukturell für dringend entwicklungsbedürftig,

Zusammengefasst stellt sich die Grundtendenz der Stellungnahmen aus den Veranstaltungen und mündlichen und schriftlichen Rückäußerungen derzeit folgendermaßen dar:

Dieser Standort verdient einen vergrößerten, schönen, grünen Metropolenplatz, der die unterschiedlichsten Nutzer anziehen soll: **die jungen und alten Anwohner**, Familien mit Kindern, in der Mittagszeit **Menschen aus den vielen umliegenden Büros**, die **Gäste der umgebenden Gaststätten** und der vielseitigen Beherbergungsbetriebe im Einzugsgebiet, die **Kudamm-Bummler und Touristen**.

Das ist bisher nicht der Fall, weil der Platz nicht zum Aufenthalt einlädt, ja sogar abschreckt. Die **Grünanlage ist verdreckt und vermüllt**, die **Mauerecken sind in einem bedauernswerten Zustand**, die **Rabatten sind nicht zeitgemäß**, die **Wege sind reparaturbedürftig** und teilweise überflüssig, die **Rasenflächen sind nicht benutzbar**.



Ein großer Teil des Gesamtplatzes ist als **Parkplatz fehl- bzw. untergenutzt**, tagsüber ist die Mehrzahl der Autos ganztätig abgestellt.

Ganz unterschiedlich waren die **Gestaltungswünsche** für einen neuen, schönen Park:

- eine **durchgängige offene Rasenfläche** mit vielen **Sitzgelegenheiten** und erweiterten Angeboten (**Bücherstand, Boulebahn, Liegestühle, gute Spielgeräte**,
- eine zweite **Tischtennisplatte**, für eine laute Ecke des Olivaer Platzes ein **Ballspielkäfig für Jugendliche** ;
- weg mit den Mauern und Rabatten; **Reduzierung des Baumbestands für mehr Sonnenplätze**; Erhaltung des Baumbestands auch zur **Abschirmung der Wohnungen gegen den Straßenlärm**; Erhalt der Abschirmung gegen die Lietzenburger Straße;
- Verlegung der Gesamtanlage auf ein **tieferes Niveau** zur Herstellung von Sichtachsen;

Es gab verständlicherweise zum Teil sich widersprechende Wünsche und Anforderungen.



Ganz offensichtlich wurde dies bezüglich des Parkplatzes.

Einige Teilnehmer wünschen,

ihn in die Gestaltung eines großen, grünen Platzes einzubeziehen, andere wollen ihn erhalten wissen. Es gab **Vorschläge, Ersatzparkplätze zu schaffen** z.B. als **Querstellflächen entlang der Lietzenburger Straße** anstelle des kaum benutzten Grünstreifens, oder z. B. entlang des Olivaer Platzes von der Einmündung in die Württembergische Straße/ Pariser Straße bis zur Höhe des derzeitigen Spielplatzes anstelle der dortigen Rabatten.

Darüber hinaus wurde der **Vorschlag** gemacht, die **Einfahrt in die Straße Olivaer Platz (Süd) von der Konstanzer Straße zu sperren**, so dass die notwendigen Fahrten nur für die Anwohner noch über die Bregenzer und die Bayerische Straße erfolgen können.

Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer fand den von der Arbeitsgruppe (einer Bewohnerinitiative aus den Reihen der SPD) eingeschlagenen Weg gut, erst einmal möglichst viele betroffene und interessierte Menschen zu einem **kreativen Denk- und Diskussionsprozess** einzuladen und selbst weiter tätig zu werden.

Die Arbeitsgruppe hat folgende **weitere Aktivitäten** in Aussicht gestellt:

- eine **Gesprächsrunde mit Planungs-Experten**, die über den Olivaer Platz gearbeitet haben
- die Sicherung der vom Wirtschaftsstadtrat in Aussicht gestellten Mittel für einen **Ideenwettbewerb** und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Verwaltungen
- die Fortsetzung der **Suche nach einer Finanzierung für einen Realisierungsprozess**, möglichst aus überregionalen Quellen z.B. durch die Erarbeitung einer **europäischen Partnerschaft** mit Danzig-Oliva
- **Die Fortführung der öffentlichen Diskussion**

Wir freuen uns über jede weitere **Anregung** und Ihre **Vorschläge zum Olivaer Platz**.

Ansprechpartner:

Monica Schümer-Strucksberg – Tel. 881 69 94;
e-mail: m.schuemer@berlin.de

Matthias Zipser - Tel: 0170 / 38 88 973; e-mail:
Matthias@Familie-zipser.de

An dieser Stelle erinnern wir an bedeutende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Charlottenburg-Wilmersdorf

heute:

Den Wiederaufbau geprägt: Bausenator Rolf Schwedler

Er ist wohl eine der umstrittensten Figuren der Berliner SPD der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Senator diente er unter den Regierenden Bürgermeistern Suhr, Brandt, Albertz und Schütz in insgesamt acht Senaten. Dabei hielt er immer dasselbe Ressort, nämlich jenes für Bau- und Wohnungswesen.

Dass Rolf Schwedler für dieses Amt qualifiziert war, stand außer Frage. Noch im Jahr 1945 begann der gelernte Bauingenieur in der Bauverwaltung in Steglitz. Nach einem halben Jahr ging er als technischer Referent in die Abteilung Bau- und Wohnungswesen mit dem Aufgabenfeld Brückenbau. 1947 übernahm er dann die Leitung des Hauptreferates für „private Bautätigkeit und Lizenzen“, zwei Jahre später des Hauptamtes für Baulenkung.

Ernst Reuter berief Rolf Schwedler (Mitglied der Abteilung 2 in der Charlottenburger SPD) im Jahre 1950 zum Magistratsdirektor, 1952 zum Senatsdirektor der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen. „Von der Pike auf gelernt“ war die Wahl durch das Abgeordnetenhaus zum Senator des Ressorts 1955 keine Überraschung.

Schwedler behielt dieses Amt, in dem er immer wieder bestätigt wurde, insgesamt 17 Jahre bis 1972 und wurde damit dienstältester Senator. Aus den Trümmern der Nachkriegszeit hat er das Stadtbild im Westteil Berlins entscheidend bestimmt und geprägt.

Vorrang hatte dabei zwangsläufig die elementare Infrastruktur. In seiner Amtszeit entstanden etwa 400.000 Wohnungen, dazu Straßen und U-Bahnstrecken, die im Alltag vieler Berliner bis heute unmerklich eine wichtige Rolle spielen. Dazu mussten zunächst auch mehr Wohnungen abgerissen werden, als im Krieg zerstört worden waren.

Charakteristisch für Schwedler war aber zugleich die Begeisterung für architektonische Leuchttürme. So initiierte er die „Interbau“ zum Wiederaufbau des Hansaviertels. Diese erste große internationale Bauausstellung lockte 1957 53 Architekten nach Berlin, unter Ihnen Le Corbusier, Walter Gropius, Oscar Niemeyer und Max Taut. Für die „Schwangere Auster“, die damals dringend benötigte Kongresshalle, konnte er sogar notwendige amerikanische Gelder aufreiben. Auch für den schnellen Wiederaufbau des Charlottenburger Schlosses zeichnete er verantwortlich.

Jedoch fielen auch heute umstrittene Projekte in seine Amtsführung, wie die Errichtung des Märkischen Viertels, das derzeit mit 440 Mio. € saniert wird. 1966 wurden die signifikanten Hochhäuser eingeweiht, in denen finanzschwache Familien eine Unterkunft finden sollten. In den Zeitungen wurde die Wohnsituation in den 17.000 Wohnungen in den siebziger Jahren als unmenschlich verunglimpft – ohne Erfolg, denn die Mieter fühlten sich offensichtlich wohl in ihrem Viertel.

„Dora 25“ machte Schwedler 1965 politisch schwer zu schaffen. Dieses abgestellte Polizeifahrzeug kaperte er in alkoholisiertem Zustand, um mit dem Blaulicht zu spielen. Der Verlust seines Amtes als Stellvertreter des Senators für Sicherheit und Ordnung war nicht zu verhindern.

1972 gab der Senator sein Amt nur auf, um erfolgreich für den 8. Bundestag zu kandidieren. In der Affäre um den Steglitzer Kreisel allerdings mit persönlicher Verantwortung belegt, zog sich Schwedler aus der Politik zurück. Seine Handschrift bleibt.

Joachim Wagner

AKTUELLES AUS DEM BUNDESTAG • AKTUELLES AUS DEM BUNDESTAG**TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE**

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

gerne nutze ich die Möglichkeit, Sie hier über einige meiner Veranstaltungen in den nächsten Wochen zu informieren. Bitte melden Sie sich in meinem Büro an, wenn Sie teilnehmen möchten.

Die Auswirkungen der Finanzkrise sowie Maßnahmen, sie zu bewältigen, stehen im Mittelpunkt von zwei Veranstaltungen, die ich gemeinsam mit meinen Berliner SPD-Bundestagskollegen organisiere.

„Sozialdemokratische Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise“

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen

wird mit uns am **Mittwoch, den 27. Mai 2009, um 18.00 Uhr, in der Manfred-von-Ardenne-Schule, 13055 Berlin-Althohenschönhausen** darüber diskutieren, welche Möglichkeiten wir haben, zukünftig Exzesse auf den Finanzmärkten zu verhindern. Neben international verbindlichen Regeln für die Finanzwelt muss dabei auch der Schutz der Anlegerinnen und Anleger gesichert werden.

„Krise sozial meistern – anpacken für Berlin“

Dienstag, 2. Juni 2009, um 19.00 Uhr,

im Saal der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Neukölln.

Meine Kollegin Eva Högl und ich möchten gemeinsam mit Ihnen und Claudia Zinke, Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin, diskutieren, wie Mittel aus dem Konjunkturpaket II in Berlin eingesetzt werden. Ein kommunales Investitionsprogramm für die Jahre 2009 und 2010 von insgesamt 13,3 Milliarden Euro sieht Investitionen im Bereich Bildung, in Schulen und Kitas vor. Wie Berlin davon profitiert und wie die Mittel bei uns eingesetzt werden und welche Chancen sich für Berlin ergeben, möchten wir an diesem Abend beleuchten.

Start in den Sommer am 19. Juni 2009

Auch wenn der Frühling gerade erst begonnen hat – merken Sie sich jetzt schon den **19. Juni 2009** vor. Im meinem Wahlkreisbüro und dem SPD-Bürgerbüro, der **GOETHE 80**, möchte ich mit Ihnen von 16.00 bis 19.00 Uhr in den Sommer starten, feiern und diskutieren.

Ich freue mich darauf, Sie, Ihre Bekannten, Freunde, Nachbarn bei der einen oder anderen Veranstaltung oder an meinem Infostand zu treffen.

Ihre



Petra Merkel, MdB

Bundestagsabgeordnete für Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE 80**,

Goethestraße 80, 10623 Berlin,

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68

E-Mail: petra.merkel@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag u. Donnerstag 12 – 16 Uhr

Mittwoch u. Donnerstag 10 – 14 Uhr

www.petra-merkel.de

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Lietzenburger Straße

Sie verläuft von „An der Urania“ und Martin-Luther-Straße bis Olivaer Platz und Schlüterstraße.

Der Name leitet sich vom ursprünglichen Namen des Lustschlosses Lietzenburg, heute Schloss Charlottenburg ab.

Sprechstunde:

Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

Öffnungszeiten: Mo - So 16³⁰ - 1⁰⁰

Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81

Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin

direkt am U-Bhf Richard-Wagner-Platz

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;

Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 80; 10623 Berlin

Sie ist ab 1890 von der Kostnitzer Str. (heute Konstanzer Str.) bis zur Joachimsthaler Str. erwähnt.

Am 1.9.1963 wurde die Achenbachstraße (sie war die Verlängerung der Lietzenburger Straße zwischen Ranke- und Nürnberger Straße) in die Lietzenburger Straße einbezogen. Der Abschnitt der Lietzenburger Straße zwischen der Wieland- und Schlüterstraße kam zum Olivaer Platz. Der in Verlängerung der Achenbachstraße bis zur Kleiststraße führende neu angelegte, auch als Südtangente bezeichnete Straßenzug erhielt ebenfalls den Namen Lietzenburger Straße.

Gedenktafel: Haus Nr. 77 für Jacobus Hendrikus van't Hoff, Mitbegründer der physikalischen Chemie, erhielt 1901 den Nobelpreis für Chemie, der hier von 1904 – 1909 wohnte.

Denkmalgeschützte Häuser:

Nr. 37-39, 1898/99 (Gemeindehaus der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche) von Reimarus & Hetzel; Nr. 51, 1951/52 (Berlinischen Lebensversicherungsgesellschaft) von Curt Hans Fritzsche;

Nr. 63, 1902/03 (Mietshaus) von Max Welsch;

Nr. 90, 1965/67 (Wohn- und Geschäftshaus) von Klemens Weigel und Eckart Muthesius.

Jürgen Behrend